

IN KÜRZE

Die neue Ratsleitung ist komplett

Der Kantonsrat hat Heimgard Vol-lenweider (SVP) als neue Vizepräsi-dentin, Rita Lüönd (FDP) als erste Stimmenzählerin, Carmen Muffler (SP) als zweite Stimmenzählerin und Daniel Burger (SVP) als Ersatz-stimmenzähler in die Ratsleitung gewählt. *(dabu)*

Wahl in Kommission sorgte für heftige Diskussionen

Severin Isenschmid (FDP) und Da-vid Kessler (SVP) wurden geräusch-los in die Aufsichtskommission der Kantonalbank beziehungsweise in die Bildungskommission gewählt. Die Aufnahme von Angela Ruoss (SVP) in die Rechts- und Justizkom-mission sorgte für Diskussionen. Sie leitet die Vollzugs- und Bewäh-rungsdienste des Kantons. Gemäss GLP-Präsident Lorenz Ilg besteht somit die Gefahr der Befangenheit. Es entwickelte sich ein heftiger Schlagabtausch zwischen SVP, FDP und Mitte auf der einen und der GLP auf der anderen Seite. Ruoss wurde letztlich klar gewählt. *(sda)*

Asylunterkunft Kaltbach bleibt tagsüber geschlossen

Das Postulat von Jonathan Prelicz (SP), welches eine ganztägige Öff-nung der Notunterkunft Kaltbach forderte, wurde mit 68 zu 23 Stim-men abgelehnt. *(sda)*

Berichte angenommen und neues Mitglied vereidigt

Der Rechenschaftsbericht 2025 der kantonalen Gerichte sowie der Tä-tigkeitsbericht 2025 der Öffentlich-keits- und Datenschutzbeauftragten wurde zur Kenntnis genommen. René Ziegler (FDP, Freienbach) wurde zudem als neues Mitglied des Kantonsrats vereidigt. Er folgt auf Dominik Zehnder. *(sda)*

Worte des Rates

«Die Klimaanlage laufen, bitte spre-chen Sie laut genug. Einige beherr-schen das ja zwar bereits sehr gut.» Kantonsratspräsident Mathias Bach-mann wies auf die Tücken der Kühl-systeme hin.

«Heutzutage wird in Fällen mehrmals repliziert, das verzögert die Gerichts-prozesse. Genauso wie Kantonsrat Ilg vorhin mit seinen Replikationen die Sit-zung verzögert hat.»

Matthias Kessler (Mitte) erkannte Parallelen zwischen Gerichts- und Kantonsratssaal. GLP-Präsident Lorenz Ilg hatte bei der Wahl von Angela Ruoss (SVP) in die Rechts- und Justizkommission einen Schlagab-tausch initiiert und antwortete mehr-mals auf Kritik an seinen Voten.

«Jetzt sind gleich zwei ‹Lachonigi› mit Wurzeln ennet dem Gotthard im Haupt-ort und im Kanton am Drücker. Zumin-dest bis zum Ende meiner Amtszeit nächste Woche.»

Der abtretende Schwyzer Gemeinde-präsident Peppino Beffa verwies bei seinen Gratulationen an den neuen Landammann Sandro Patierno auf die italienischen Wurzeln der beiden.

«Bei einer solchen Debatte bekomme ich ja gleich Wallungen.» **Aurelia Imlig-Auf der Maur (SP) muss-te sich bei der Debatte um die Verwal-tungsbremse mittels Fächer dringend Abkühlung verschaffen.**

Die Verwaltung wird ausgebremst

Die Zahl der Schwyzer Staatsangestellten soll künftig nur so stark wachsen wie die Bevölkerung.

Kim Zraggen

Einig ist sich der Kantonsrat bezüglich des gemässigten Wachstums der Ver-waltung bei Weitem nicht. Die Einzel-initiative der SVP liess die Kantonsrä-tinnen und Kantonsräte mit Wortmel-dungen aus allen Fraktionen über eine Stunde lang diskutieren. Schliesslich wurde die Einzelinitiative von Alexan-der Lacher (SVP) mit 49 zu 42 Stimmen knapp gutgeheissen.

Der Initiant aus Freienbach for-derte, dass die Zahl der kantonalen Stellen in der Verwaltung, in Anstal-ten und in den Gerichten mittelfristig höchstens gleich stark wachse wie die ständige Wohnbevölkerung. Begrün-dete und befristete Ausnahmen soll-ten indes möglich sein. Dabei erklärte er, dass es dabei nicht um ein Korsett gehe, sondern um gewisse Leitplan-ken, die der Regierung beim Stellen-wachstum helfen sollten. «Es geht da-rum, das Wachstum einzudämmen», so Lacher. Somit soll auch die Überre-gulierung und die bürokratische Be-lastung der Wirtschaft minimiert wer-den.

Es ist kein «Verwaltungs-Bashing»

Bei dem Vorstoss handle es sich aber keinesfalls um ein «Verwaltungs-Bashing», erklärte Lacher weiter. Dies sorgte bei der Staatswirtschaftskom-mission für ein zustimmendes Nicken. Denn heute könne der Kantonsrat nur geringen Einfluss auf das Stellenwachstum in der Verwaltung ausüben.

Positiv hob die Kommission hervor, dass die Einzelinitiative eine Ventil-klausel habe und so auf soziale, demo-grafische oder technologische Verän-derungen reagieren könne. Übernahme der Kanton Aufgaben, könne dies be-rücksichtigt werden.



Die Einzelinitiative von Alexander Lacher (SVP, Freienbach) wurde knapp mit 49 zu 42 Stimmen gutgeheissen. Bilder: Kim Zraggen

Hitzige Debatte zwischen links und rechts

Einmal mehr hat sich der Graben zwi-schen links und rechts im Rat gezeigt. Die Ratsrechte, welche die Mehrheit im Kantonsrat ausmacht, hatte mit der FDP im Rücken ihren Vorstoss prak-tisch schon in trockenen Tüchern. Nichtsdestotrotz hielt die hitzige De-batte über die Verwaltungsbremse lan-ge an.

Mitte-Kantonsrat Daniel Landolt aus Freienbach begründete die Ableh-nung der Initiative aus Sicht seiner Par-tei: Sie finde auch, dass die Verwaltung nicht einfach unkontrolliert wachsen solle. Dennoch: «Die Initiative schmeisst alle Aufgaben des Kantons in einen Topf, da muss genauer differen-ziert werden.» Als Beispiel nannte er die 32 Stellen, die in der Sicherheit, sprich der Kantonspolizei, neu geschaf-fen wurden. Auch die GLP-Fraktion lehnte die Initiative geschlossen ab.

«Das Vorgeschlagene verfehlt das Ziel», sagte Dominik Stocker aus Küss-nacht. Die Partei bemängelte, dass die Bevölkerungszahlen als Massstab be-nutzt und somit die grössten Treiber – die zusätzlichen Aufgaben, die den Ver-waltungen von der Regierung aufgetra-gen würden – ausser Acht gelassen würden. Somit bestünde die Gefahr, dass gewisse Aufgaben aufgrund der Wachstumsbremse künftig extern er-ledigt werden müssten.

Muss die SP wieder in den Regierungsrat?

Der SP-Kantonsrat Jonathan Prelicz aus Arth ging dabei sogar noch einen Schritt weiter: Seit 2012 seien 320 Voll-zeitstellen geschaffen worden. «Das ist sehr viel. Seit 2012 sitzt die SP nicht mehr in der Regierung des Kantons Schwyz», sagte Prelicz. Die SVP und die FDP machten seither die Mehrheit im Regierungsrat und im Kantonsrat aus.



Herbert Huwiler sagte, die Initiative wür-de nur die Symptome bekämpfen.

«Genau die zwei Parteien, die diesen Vorstoss eingereicht haben, sind ver-antwortlich für dieses hohe Wachs-tum.» Mit einem Schmunzeln machte er somit die Verantwortung der SVP und FDP für das Wachstum deutlich und fügte an: «Es gibt da eine Möglich-keit: Wählen Sie die SP wieder in den Regierungsrat, und dann kommt das vielleicht besser – garantieren kann ich es nicht.»

Der Regierungsrat lehnte die gefor-derte Begrenzung des Stellenwachs-tums geschlossen ab. Finanzdirektor Herbert Huwiler (SVP) sagte, die Ein-zelinitiative würde nicht die Ursachen, sondern nur die Symptome bekämpfen. Wenn neue Leistungen bestellt wür-den, müssten für deren Erfüllung auch die notwendigen Ressourcen bereitge-stellt werden. Aber auch hier setzte sich der Kantonsrat mit nur sieben Stimmen Differenz gegen den Regierungsrat durch.

Kantonsrat beschliesst Spitalallianz

Der SVP-Vorschlag kam trotz Widerstand aus FDP und Mitte durch.

Kim Zraggen

«Zusammenarbeit ja, eine Allianz nein.» Gesundheitsdirektor Damian Meier positionierte sich gegenüber dem Kantonsrat ganz klar. Die Diskussion über eine Allianz der Spitäler Schwyz, Einsiedeln und Lachen sorgte aber noch für eine grössere Debatte als erwartet.

André Plass (SVP, Wollerau) war der Meinung, dass es höchste Zeit für eine Allianz der Spitäler sei. Es gehe dabei nicht mehr um freie Marktwirtschaft, sondern um die Sicherung von Qualität und Notfallversorgung. Jedes Spital sol-le eine bestimmte Funktion übernehmen. Parteikollege Daniel Burger aus Altendorf ergänzte, es solle nicht mehr jedes Spital alles anbieten.

Dem Gesundheitsdirektor gefällt die Entscheidung nicht

Dass eine Motion für eine stärkere Zu-sammenarbeit der Spitäler ausgerech-net aus der bürgerlichen Fraktion kome, überrasche – so sei sonst meist die Ratslinke für solche Anliegen prädesti-niert, wie FDPler Urs Rhyner (Feuss-berg) anmerkte. Er sagte zum Vorstoss: «Willkommen in der Planwirtschaft.» Es sei ein Irrglaube, dass der Staat die Spitäler besser organisieren könne als der Markt. Wenn schon, müsste die Spi-tallandschaft interkantonal angeschaut werden.



Hat gar keine Freude: Regierungsrat Damian Meier sieht im angenommenen Vor-stoss eine Gefährdung für die Schwyzer Spitalstandorte. Bild: Kim Zraggen

Sonja Zehnder (GLP, Einsiedeln) bemängelte, dass der Vorstoss einer ge-nauen Analyse zuvorkomme: «Das müsste umgekehrt sein», sagte sie. Sie schloss sich damit der allgemeinen Hal-tung ihrer Partei an: Nein zur Motion. Mitte-Kantonsrätin Irene Huwyler Gwerder (Schwyz) sagte, der Vorschlag suggeriere, dass Plass die Patienten-ströme verkenne und der Vorstoss die unterschiedlichen Rechtsformen der Spitäler ignoriere.

Nach diesen vielen Wortmeldun-gen wusste sich Gesundheitsdirektor

Damian Meier nur auf eine Weise aus-zudrücken: deutsch und deutlich. Er verwies auf die innere Kantonsgrenze und die Auslegeordnung in der Zent-ralschweiz. «Der Vorstoss gefährdet die Schwyzer Spitalstandorte.» Schliesslich wurde trotz seiner for-schen Worte die Motion im Kantonsrat in ein Postulat umgewandelt und mit 51 zu 42 Stimmen für erheblich erklärt: Der Kantonsrat hat somit gegen die Empfehlung des Regierungsrats ent-schieden, dieser muss nun eine Spital-allianz prüfen.

Tiefere Hürden für Vereinsanlässe

Gastro Das Gastwirtschaftsgesetz sieht vor, dass es eine Bewilligung braucht, wenn ein Raum vermietet wird, an dem mitgebrachte oder angelieferte Speisen und Getränke konsumiert werden. Grü-ne-Kantonsrat Andreas Imbaumgarten verlangte die Streichung des Paragra-phen. Mittels Umwandlung der Motion in ein Postulat folgte ihm der Rat. *(sda)*

Heilpädagogen werden staatlich unterstützt

Bildung Eine überparteiliche Motion mit Unterzeichnenden von SP bis hin zur SVP forderte, dass ein Studium zur Lehrperson oder zur Heilpädagogin staatlich mitfinanziert wird – sofern sich diese Person im Anschluss an das Studium verpflichtet, für einige Jahre im Kanton Schwyz zu unterrichten.

Der Regierung ging dies wie auch den meisten politischen Kräften jedoch zu weit. Ein Kompromiss wurde inso-fern gefunden, dass diese Unterstüt-zung ausschliesslich für ausgebildete Lehrkräfte, welche sich in Heilpädago-gik weiterbilden wollen, erfolgen soll und nicht auch für Quereinsteiger im Lehrerberuf. Die Motion wurde dem-nach in ein Postulat umgewandelt und für erheblich erklärt. Ablehnung kam nur aus Kreisen der SVP, welche Kritik am integrativen System übte. *(dabu)*